

Die vergessene Seite der Stadterneuerung: Ordnungspolitik und Disziplinierungsstrategien in Prenzlauer Berg

Andrej Holm

Historisch wurden Stadterneuerungsstrategien immer auch in einem gesellschaftspolitischen Kontext analysiert. Jede Sanierung verfolgte bestimmte Ziele der jeweils herrschenden Klassen. Dirk Schubert, der die Stadterneuerung in Hamburg und London untersuchte, kommt zu dem Ergebnis, Stadterneuerung stelle einen "direkten und indirekten Druck zur Modernisierung der Lebensverhältnisse" (Schubert 1997a, 11) dar.

Ich will zunächst historisch rekonstruieren, welche verschiedenen Formen dieser Modernisierungsdruck hatte. In einem nächsten Schritt werde ich die Stadterneuerung in Prenzlauer Berg der 1990er Jahre vor diesem Hintergrund betrachten. Im Mittelpunkt wird dabei die Frage stehen, ob Ordnungspolitik und Disziplinierung die Stadterneuerung von heute immer noch prägen.

1. Historische Rekonstruktion der ordnungs- und machtpolitischen Aspekte der Stadterneuerung

Für die historischen Phasen der Stadterneuerung lassen sich verschiedene ordnungs- und machtpolitische Strategien beschreiben. Die im Folgenden gewählte zeitliche Abfolge von dominanten Formen der Ordnungspolitik schließt nicht aus, dass auch in anderen Phasen Elemente der verschiedenen Strategien verfolgt wurden.

1.1. Ordnungspolitik und Aufstandsbekämpfung durch Städtebau

Die ersten Stadterneuerungsmaßnahmen gehen zurück in das 19. Jahrhundert. Insbesondere die schnell wachsenden Städte der europäischen Urbanisierungsphase waren durch dicht bebaute und schlecht versorgte Armenquartiere geprägt. Mit der massiven Landflucht im Zuge der Industrialisierung entstanden besonders in den innerstädtischen Wohngebieten unerträgliche Lebensbedingungen. Die ersten Erneuerungen in den Elendsquartieren waren Abrisse. Sie wurden mit der Verbesserung der hygienischen und sozialen Verhältnisse begründet. Auslöser für diese Hinwendung zu den Lebensbedingungen der Armen war die Gefährdung der bürgerlichen Schichten der Städte selbst. Insbesondere die Erkenntnis, dass Seuchen und Verschmutzungen keine Klassengrenzen kennen, sowie die Angst vor möglichen Aufständen der plebejischen Massen trieben Teile des Bürgertums in den Städten zur Sozialreform.

Stadterneuerung und Wohnungsreform generell folgten seit Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem ordnungspolitischen Interessen der bürgerlichen Klassen in den Städten. Aufgeschreckt von der Kraft der städtischen Aufstände im Zuge der Französischen Revolution, begannen in vielen europäischen Städten die Planungen für den Umbau der Städte. Hausmanns Magistralen in Paris (Lesemann 1982, 91 ff.), die Whiteshapel-Sanierung in London (Schubert 1997a, 66 ff.) und auch der Hobrechtplan in Berlin (Geist, Klüvers 1984) stehen bis heute nicht nur für den Abriss ganzer Viertel oder die reißbrettartige Neubebauung und Erweiterung der Stadt, sondern eben auch für eine polizeiliche Stadtplanung.

Aimé Huber - vor allem bekannt als ein Pionier der deutschen Genossenschaftsbewegung - hat die ordnungspolitischen Effekte einer Wohnungspolitik früh erkannt:

"Abgesehen davon, dass die Wohnungsreform ... eines der wirksamsten Mittel sein wird, um bedenkliche Ansichten, Stimmungen und Gesinnungen zu korrigieren, wird schlimmstenfalls die polizeiliche Überwachung oder die militärische Unterdrückung gefährlicher Bewegungen unter sonst gleichen

Umständen in dem Maße leichter, wie die Stellung der Gegner übersichtlich, offen und zugänglich ist. Man frage doch die erfahrenen Kriegerleute, ob sie ein paar hundert Arbeiter usw. lieber in einer offenen freundlichen Vorstadt mit kleinen Häusern und breiten Straßen angreifen mögen, oder in engen Straßen mit hohen Häusern der Stadt? Man frage doch die Barrikadenmänner, welches Terrain sie vorziehen würden." (Huber 1857, 49 in Frank/Schubert 1983, 23).

Einerseits zielt also die Stadterneuerung auf die "*Ansichten, Stimmungen und Gesinnungen*" der Bewohnerschaft. Auf der anderen Seite soll sie die bauliche Voraussetzung für die "*polizeilichen Überwachungen und die militärische Unterdrückung gefährlicher Bewegungen darstellen*".

Zumindest in den frühen Phasen der Stadterneuerung waren Befriedung und militärtaktische Gestaltung der Stadt ein leitendes Motiv der Akteure. Unterscheiden lassen sich dabei städtebauliche Gestaltungen, die direkt die polizeilichen Taktiken der Aufstandsbekämpfung unterstützen bzw. erleichtern sollen und solche, die durch eine übersichtliche Ordnung der Stadt die präventive Kontrolle ermöglichen und das Ausbrechen von Straßenauseinandersetzungen erschweren. Daneben gab es in der Geschichte immer wieder besondere Sanierungsanlässe, die den Rache-Aspekt einer revanchistischen Politik in sich trugen. So forcierten die Nationalsozialisten in Berlin und anderen Großstädten den Abriss von traditionellen Vierteln in der Innenstadt mit der Begründung, dass sich dort jüdische und bolschewistische Tendenzen besonders stark ausgebreitet hätten (Bodenschatz 1988; Schubert 1997b)¹.

Generell können folgende ordnungspolitische Motive in dieser Phase der Stadterneuerung unterschieden werden:

- *polizeitaktische Sanierung* als Eingriffe in die räumliche Gestaltung der Städte, um günstigere Ausgangsbedingungen für das polizeiliche Agieren in den Stadtvierteln zu erlangen,
- *präventive Sanierung* als Erneuerungsmaßnahmen, die unübersichtliche Situationen in den Städten ordnen und unkontrollierte Wohnstrukturen verhindern,
- *revanchistische Sanierung* als gezielte Sanierungsarbeiten in Wohngebieten mit politisch unbeliebter Bevölkerung zur Zerstörung der bestehenden Sozialstrukturen in den Quartieren.

Die verschiedenen ordnungspolitischen Formen und Motive von Erneuerungsmaßnahmen überlagerten sich in der Praxis oft, doch lassen sich in der historischen Betrachtung Leit motive der Sanierung ausmachen.

1.2. Stadtsanierung als gezielter Eingriff in die Sozialstruktur

Während in den ersten Jahren nach dem II. Weltkrieg der Wiederaufbau von Wohnungen, die Stadtreparatur und die Linderung der Wohnungsnot unter quantitativen Versorgungsaspekten im Vordergrund stand, veränderte sich das bundesdeutsche Leitbild des Wohnungsbaus in den 1960er Jahren. Durch die stärkere Hinwendung zu qualitativen und normativen Aspekten der Wohnungsfrage wurde die Erneuerungsbedürftigkeit nun nicht nur mit Funktions- und Strukturschwächen, sondern mit "unausgewogenen Sozialstrukturen" begründet.

Die Begründung einer "Sozialstrukturschwäche" ist in den gesetzlichen Grundlagen nicht

¹ Eike Geisel fasst die damalige Diskussion um den Abriss des Berliner Scheunenviertels als "Stätte des verrufenen Vergnügens, des obskuren Geschäfts, der roten Laternen und des Schwarzhandels" zusammen (Geisel 1981, 27). Als Sanierungsbegründung wurden immer wieder auch die politischen Haltungen der Bewohnerschaft angeführt. Eine Berliner Tageszeitung wird nach der Niederschlagung der Revolution 1919 wie folgt zitiert: "*Das Scheunenviertel ist durchaus noch nicht von den Spartakisten gesäubert.*" (Geisel 1981, 65).

vorgesehen, war dennoch eines der verwaltungsseitigen Leitmotive der Stadterneuerung in den 1960er Jahren (Balg 1958). Die Berliner Senatsbauverwaltung zum Beispiel orientierte sich in dieser Zeit ganz explizit an einer Aufwertung der Bewohnerstruktur in den Sanierungsgebieten. In einer beauftragten Untersuchung für die Vorbereitung der Stadterneuerung in dem Sanierungsgebiet Wedding Brunnenstraße (SWB) plädiert die Soziologin Karin Zapf für die *"Aufhebung von Rückständigkeiten in der bautechnischen und sozialen Dimension"* (Zapf 1968, 1350). Für die soziale Dimension werden keine konkreten Zielparameter festgelegt, aber eine Annäherung an den Berliner Durchschnitt wird ausdrücklich als Sanierungsziel benannt. Aus Verwaltungssicht hieß es:

"... mit den städtebaulich-technischen Zielen der Neuordnung (ist) das soziale Programm verbunden, im sanierten Gebiet eine Bevölkerung sesshaft zu machen, deren soziologische Struktur dem Durchschnitt Berlins angenähert ist". (Dahlhaus 1968, 1365).

Die soziologisch aufbereiteten Daten der Bevölkerungsstatistik geben einen Einblick, welche Abweichungen vom Durchschnitt als besonders problematisch angesehen wurden. Insbesondere hohe Arbeiteranteile an den Erwerbspersonen, Überalterungen der Gebietsbewohnerschaft und ein hoher Anteil von weiblichen Einpersonenhaushalten wurden als demographische Herausforderung der Stadtplanung angesehen (Zapf 1969, 137):

"Was sich im Altbau zusammenfindet, ist nicht nur alt an Jahren. Es ist eine überalterte und veraltete Sozialstruktur, in der wesentliche Elemente der modernen Gesellschaft keinen Boden gewinnen konnten. (...) Wenn die Gebäude erneuert, diese Strukturen aber konserviert werden, dann ist eine gesellschaftspolitische Chance vertan, die sich in absehbarer Zeit nicht wieder bietet." (Zapf 1968, 1352).

Die Idee der Mischung und des Durchschnitts ist nicht neu. So verweisen Häußermann und Siebel bereits auf die gesellschaftspolitischen Ziele von Hobrechts Bebauungsplan von 1863, der mit den großen Blöcken eine Hofbebauung ermöglichte. Die damit erhoffte soziale Mischung der Bewohnerschaft sollte - so eine Intension Hobrechts - eine befürchtete und als gefährlich angesehene Konzentration der städtischen Unterschichten verhindern (Häußermann/Siebel 1996, 79). Bereits damals wurde eine sozial mildernde Wirkung von der Durchmischung unterschiedlicher sozialer Schichten erhofft. Die dahinter liegenden ordnungspolitischen Strategien lassen sich zusammenfassen als:

- *Sozialpolitische Befriedungsstrategie.* Durch die bessere Versorgung mit Wohnraum und eine höhere Qualität der Wohnungen werden große Teile der Bevölkerung in dieser Frage zufrieden gestellt. Verbunden mit einer allgemeinen Steigerung des Lebensstandards sichert das eine wachsende gesellschaftliche Loyalität.
- *Sozialstrukturelle Harmonisierung.* Bewusst und gezielt erfolgen dabei Eingriffe in die Zusammensetzung der jeweiligen Bewohnerschaft. So soll eine räumliche Konzentration von unangepassten und vom gesellschaftlichen Durchschnitt abweichenden Haushalts- und Lebensformen verhindert werden.

1.3. Disziplinierung durch Verfahren

Eine dritte, fast schon versteckte, ordnungspolitische Strategie der Stadterneuerung bestand in den *neuen Beteiligungsverfahren*, wie sie beispielsweise in der Behutsamen Stadterneuerung seit den späten 1970er Jahren in Westberlin erprobt wurden. Ihre disziplinierende Kraft liegt in den Verfahren selbst, die, einem *geheimen Lehrplan* gleich, bestimmte Verhaltensweisen und Denkmuster fordern und fördern.

Karl Homuth hat einen der wenigen Versuche einer umfassenden gesellschaftlichen Einordnung der Behutsamen Stadterneuerung in Kreuzberg unternommen. Trotz des

offensichtlichen Bruchs mit der bisherigen Sanierungspolitik geht er von einer machtpolitischen Kontinuität aus. Ins Zentrum rückt er deshalb die *"modernisierten, verfeinerten und ergänzten ... administrativen Techniken der Sozialintervention"* (Homuth 1984a, 20) und die spezifische Akteurskonstellation der Stadterneuerung (Homuth 1984b).

Wie sehen diese verfeinerten Techniken aus? "Behutsamkeit" und "Kleinteiligkeit" werden in der behutsamen Stadterneuerung zu Teilen einer allgemeinen Strategie für den störungsfreien Sanierungsablauf: *einzelne* Schäden und Defizite werden behoben; unzumutbare Belastungen und Konflikte *vermieden*. Um eine krisenhafte Zuspitzung von wohnungspolitischen Fragestellungen zu verhindern, werden Probleme in kleine, administrativ zu managende Häppchen zerlegt. Hohmuth sieht in Kreuzberg sogar den Trend einer sozialpädagogischen Verschärfung: Nicht mehr einzelne Problemfälle werden geheilt und therapiert, sondern der gesamte Stadtteil wird der "Behutsamkeit" unterworfen. Die Beschreibungen von Hohmuth lesen sich wie eine frühe Studie zur *governmentality*, bei der Herrschaftssicherung durch Formen des Selbst-Regierens realisiert werden.

"Behutsame Stadterneuerung" fungiert ... als Medium, das verschiedenen Sozialgruppen ihre spezifische soziokulturelle Identität bestätigt, ihnen eine allgemein verständliche Sprache leiht und zu gesellschaftlicher Duldung ... verhilft: 'Behutsame Stadterneuerung' erscheint so nicht nur als Bedingung für gesellschaftliche Interessenwahrnehmung, sondern wird selbst zum soziokulturellen Bedürfnis" (ebenda 21).

Die neue sozialtherapeutische Qualität der Behutsamen Stadterneuerung *"besteht darin, nicht von außen zu intervenieren, sondern technische Eingriffe aus dem Sozialkörper selbst heraus zu begründen und dem dort herrschenden Problembewusstsein und den akzeptierten Verkehrsformen anzugleichen"* (ebenda 88).

Die behutsame Stadterneuerung lässt sich so auch als erfolgreiche Ausweitung administrativer Interventionsräume werten: Staatliche Praxis wird verfestigt, indem sich ein allseits akzeptiertes Bewusstsein entwickelt, gesellschaftliche Probleme im Hier und Jetzt zu therapieren. (ebenda 89)

Nichts und niemand im Gebiet kann sich dem Planungseifer der wohlmeinenden Akteure entziehen. Dabei werden alle - vom kulturellen Abweichler über die sozial Unangepassten bis hin zu politisch Oppositionellen - zu "Betroffenen". Für Homuth ist es ein sozialer Enteignungsprozess, der sogar tiefer geht als in den klassischen Planungsverfahren der Stadtteilsanierung, weil alles was geschieht scheinbar im Interesse der Bewohner geschieht - Opposition zwecklos, unmöglich, sinnlos. Die Guten haben ja bereits gewonnen.

"Eine zentrale politische Wirkung 'behutsamer Stadterneuerung' besteht offenbar darin, sich selbst den Argumentationen der traditionellen Kritik kapitalistischer Sanierungspolitik zu entziehen". (ebenda 47).

Aus der Perspektive der Ordnungspolitik verweist das Modell der Behutsamen Stadterneuerung, ebenso wie andere beteiligungsorientierte Verfahren, auf eine neue Form der „Governmentalität“. Darunter werden - foucaultschen Ideen folgend - Formen der Herrschaftssicherung und Herrschaftslegitimation verstanden, die sich nicht mehr an der Durchsetzung von "äußerer" Macht orientieren, sondern einer verinnerlichten Machtstruktur, die in einer Art Selbstregierung von den Regierten selbst getragen werden (Rose 2000). Bestandteile dieser neuen Machtarchitektur finden sich auch in der Stadterneuerung wider:

- *Stadterneuerung als Entpolitisierung der Verfahren.* Diese Organisation der Stadterneuerung, die sich durch Kleinteiligkeit und Projektorientierung auszeichnet, ist

weitgehend resistent gegen Kritik, die aus grundsätzlichen und wohnungspolitischen Fragestellungen resultiert.

- *Stadterneuerung als Prävention durch Integration und Beteiligung.* Den allgegenwärtigen Beteiligungsverfahren können sich auch renitente und unangepasste Menschen nicht entziehen. Jede grundsätzliche Kritik und jedes Sich-Widersetzen wird durch Einbindung verhindert.
- *Stadterneuerung als geheimer Lehrplan der Disziplinierung.* Die Verfahren vermitteln Muster des erwünschten Verhaltens und "belohnen" dieses bei Erfolg. Zugleich verbreiten sie den Eindruck, die praktizierte Art der Stadterneuerung genieße allgemeine Akzeptanz. "Querulanten" – so der logische Schluss – stellen sich somit selbst ins Abseits.

2. Ordnungspolitik und Disziplinierung in Berlin Prenzlauer Berg

In den folgenden Abschnitten wird die Stadterneuerung der vergangenen zehn Jahre nach einer ordnungspolitischen Kontinuität der historischen Sanierungspolitik hinterfragt. Wir werden also gemeinsam sehen, ob die Stadterneuerung in Prenzlauer Berg auch Ordnungspolitische Ziele und Effekte hatte. Da die vorliegenden Strategiepapiere und Bilanzbroschüren der Stadterneuerung diesen Themenkomplex weitgehend auslassen, werden die Verfahren und Ergebnisse der Stadterneuerung zum Untersuchungsgegenstand. Ordnungspolitik – so meine These – findet nicht nur auf einer politisch-programmatischen Ebene statt, sondern hinterlässt oftmals auch unsichtbare Spuren. Insofern sind die folgenden Abschnitte eine Spurensuche der Ordnungspolitik in Prenzlauer Berg.

2.1. Sozialstrukturveränderung - Mobilität und Aufwertung

Die Veränderungen der Sozialstrukturen sind ein analytisch kompliziertes Thema, insbesondere wenn sich die sozialen Verhältnisse auch ohne eine Stadterneuerung im Umbruch befinden.

In Ostberlin überlagern sich dabei mindestens drei Prozesse: 1. Soziale Differenzierungen und wohnungsbezogene Neuorientierungen im Zuge der gesellschaftlichen Transformation in eine Marktwirtschaft, 2. Wanderungsbewegungen und neue Lagewertverschiebungen einzelner Stadtviertel durch die Wiedervereinigung der beiden Stadthälften sowie 3. die direkten Folgen der umfassenden Erneuerungsmaßnahmen in den Sanierungsgebieten.

Die spezifischen Effekte der Stadterneuerung lassen sich dennoch benennen.

So wirkt die *Stadterneuerung als enorme Mobilitätsschleuder*. Der Anteil der Fortzüge aus den Häusern, in denen modernisiert wird, ist vier mal höher als im Durchschnitt des Bezirks. Obwohl die meisten Auszüge unmittelbar durch die Modernisierungsmaßnahmen ausgelöst werden, lassen sich inzwischen langfristige Entwicklungen in den modernisierten Wohnungen feststellen. Ein Teil der Altmietnerhaushalte, die zunächst in den Wohnungen verbleiben, entscheidet sich offensichtlich später doch noch für einen Auszug. Als Gründe werden häufig die Wohnungsgröße und der Mietpreis genannt. Hier zeigt sich die aufschiebende Wirkung der Mietobergrenzen auf die sozialen Aufwertungsprozesse in den sanierten Beständen. Im Laufe der Jahre hat sich der Anteil der Mieterschaft, die bereits vor der Modernisierung in den Häusern wohnten, drastisch verringert. Waren es in den bis 1995 erneuerten Häusern noch etwa 60 Prozent, so liegt ihr Anteil in den bis 2002 sanierten Beständen nur noch bei etwa einem Viertel.

Tabelle 1: Anteile von Alt- und NeumieterInnen in bereits modernisierten Häusern nach der Modernisierung

	1995	1998	2000	2002
AltmieteInnen	60%	50%	35%	25%
NeumieteInnen	40%	50%	65%	75%

Quelle: Topos/Mieterberatung 1995, 1998; Häußermann/Holm/Zunzer 2002; Asum 2003 und eigene Berechnungen

Auf Basis dieser dramatischen Zahlen lassen sich noch keine Aussagen darüber treffen, ob die Fortziehenden die Sanierungsgebiete verlassen oder ob sie innerhalb der Nachbarschaften umziehen. Allerdings sprechen die Unterschiede zwischen den BewohnerInnen unsanierter und modernisierter Wohnungen eine deutliche Sprache: Bildungsniveau und Einkommen sind deutlich höher, die Alterszusammensetzung hat ihren Schwerpunkt bei den 30- bis 40-Jährigen. Nachdem in den ersten Jahren der Stadterneuerung viele Familien den Bezirk verließen, ist inzwischen der Kinderanteil in den modernisierten Beständen höher als im Durchschnitt (Holm 2004, 250ff).

In den Modernisierungsverfahren konnten sich insbesondere sozial und kulturell ressourcenstarke Haushalte durchsetzen (Holm 2001). Die Fortzüge sind sozial und kulturell selektiv. Zum anderen werden (zumindest in den privatmodernisierten Beständen) die frei werdenden Wohnungen zu Marktmieten vergeben, so dass von ökonomisch selektiven Zuzügen gesprochen werden kann. Wenn für frei gewordene Wohnungen Mieten gezahlt werden, die für die Mehrheit der bisherigen Bewohnerschaft untragbar wären, wird das in der internationalen Gentrificationsforschung als indirekte Verdrängung bzw. "exclusionary displacement" bezeichnet (Marcuse 1986, 156).

Diese doppelte Selektivität der mikrosozialen Veränderungen auf Hausebene schlägt sich in der Summe auf die sozialstrukturellen Veränderungen auf Gebietsebene nieder.

In einem Zeitraum von knapp zehn Jahren seit dem Beginn der Modernisierungsarbeiten in den Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg haben sich die durchschnittlichen Einkommen im Bezirk von einem deutlich unterdurchschnittlichen Niveau an den städtischen Durchschnitt angeglichen. Während in Ostberlin die Einkommen in diesem Zeitraum um etwa 25 Prozent gestiegen sind, konnten in Prenzlauer Berg Zuwächse von über 80 Prozent festgestellt werden. Diese Entwicklungen verdeutlichen die außergewöhnliche Dynamik der Aufwertungsentwicklung in den Sanierungsgebieten.

Ein weiteres Indiz für die tiefgreifenden Veränderungen ist das gestiegene Bildungsniveau der Bewohnerschaft in Prenzlauer Berg.

Tabelle 2: Entwicklung von Anzahl und Index der HochschulabsolventInnen in Berlin und Prenzlauer Berg

	Berlin gesamt		Prenzlauer Berg	
	Anzahl	Index*	Anzahl	Index*
1991	253.100	100	12.500	100
1996	345.600	137	23.500	188
2000	301.700	119	21.400	171

* Ausgangsbasis der Indexwerte ist das Jahr 1991 (1991=100)

Quelle: Statistisches Landesamt: Mikrozensus 1991 - 2000 und eigene Berechnungen

In Untersuchungen wurde in den Sanierungsgebieten festgestellt, dass etwa 60 Prozent

aller Erwachsenen ein Hochschulstudium betreiben oder bereits abgeschlossen haben. Dabei konnten "Akademikerquartiere" (wie der Kollwitzplatz) von "Studierendenvierteln" (wie der Helmholtzplatz) unterschieden werden. Korrespondierend zu diesen Entwicklungen haben sich auch die Alterstrukturen und Haushaltsgrößen verändert. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich dabei der Trend zum Single als dominante Haushaltsform durchgesetzt.

Tabelle 3: Entwicklung der Haushaltsgrößen in den Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg

	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 und mehr Personen
1993	34%	32%	19%	15%
1997	50%	30%	13%	7%
2002	53%	30%	11%	6%

Quelle: Vicente 1996, 7; argus 1997, 12; Asum/Mieterberatung 2003, 20

Relative Einkommenssteigerungen im Vergleich zu anderen Bezirken, ein bildungsstruktureller Statussprung sowie eine tiefgreifende Veränderung der Haushalts- und Altersstrukturen haben einen gentrificationstypischen Charakter. Der typische Bewohner der Sanierungsgebiete in Prenzlauer Berg ist Single oder lebt in kinderloser Partnerschaft, verfügt über ein eigenes festes Einkommen und hat eine abgeschlossene Hochschulausbildung. Variationen wie Studium und Familiengründungen mit kleinen Kindern stellen die Gentrificationsinterpretation nicht in Frage. Zum einen wird das Wohnen in einem Aufwertungsgebiet oftmals von individuellen Karrieren begleitet und auch Versuche, beruflichen Erfolg und Familienleben in Einklang zu bringen, werden oftmals mit dem Leben in innerstädtischen Aufwertungsgebieten verbunden (vgl. Bondi 1991; Rose 1989; Alisch 1993; Mills 1988).

Die in Prenzlauer Berg mit hoher Dynamik wahrnehmbare 'Aufwertung' hat in wesentlichen sozialökonomischen Bereichen den Charakter einer Annäherung an den Berliner Durchschnitt. Das 'Besondere' von Prenzlauer Berg droht dabei zu verschwinden. Die Zerstörung von Nachbarschaftsstrukturen politisch unbeliebter Bevölkerung war traditionell das Ziel vieler Stadterneuerungsmaßnahmen. Auch wenn für Prenzlauer Berg im Ergebnis eine weitgehende Auflösung der vormaligen Sozialstrukturen und eine *politische Harmonisierung der Bewohnerschaft* festgestellt werden kann - diese Resultate waren keinesfalls intendierte Ziele der Stadterneuerungspolitik. Die Ablösung einer kritischen Ostklientel durch ein aufstiegsorientiertes Ost/Westmilieu war eher unerwünschter, aber absehbarer und nicht verhinderter Nebeneffekt.

Als politische Komponente der Bevölkerungsveränderung lässt sich der weitgehende Austausch einer kritischen Ostklientel gegen ein aufstiegsorientiertes Ost/Westmilieu interpretieren. Prenzlauer Berg war nicht nur eine Hochburg oppositioneller Strömungen in der Wende, sondern auch Heimat eines ostdeutschen Selbstbewusstseins in den ersten Jahren nach dem Anschluss. Mehrere explizit ostdeutsche Zeitschriften mit politischer und kulturpolitischer Ausrichtung (telegraph, Gegener, Sklaven (bzw. Sklavenaufstand)) haben hier ihren Sitz. Einige politische Initiativen wie die WBA-Bewegung Anfang der 1990er Jahre oder die "Tage der Abrechnung" zum 3. Oktober organisierten sich im wesentlichen im Umfeld des lokalen Ostmilieus in Prenzlauer Berg. Trotz einer vielfach oppositionellen Haltung zur DDR war dieses Umfeld bis Ende der 1990er Jahre auch ein Garant für hohe Wähleranteile der PDS. Erst mit dem zunehmenden Zuzug von westdeutschen BewohnerInnen - denen die PDS nur wenig Identifikationsmöglichkeiten bot - verringerten sich die Anteile der PDS zugunsten der Grünen. Häußermann und Kapphahn weisen zu

Recht darauf hin, dass im Berliner Wahlspiegel die PDS die einzig ausgeprägte Ostpartei ist, während die Partei der Grünen sich als deutliche Westpartei darstellt (Häußermann/Kaplan 2000, 243). Die Wählerwanderungen von PDS zu Grünen sind damit in Prenzlauer Berg nicht nur Ausdruck politischer Verschiebungen, sondern Ergebnis eines Bevölkerungsaustausches. Ohne die innerparteilichen und programmatischen Schwächen der Partei herunter zu reden: Dass die PDS das wahltaktisch wichtige dritte Direktmandat und somit den Wiedereinzug in den Bundestag verpasste, ist auch ein Resultat der Stadterneuerung in Prenzlauer Berg.

2.2. Sicherheits- und Ordnungspolitik - Subkontext der Stadterneuerung

Im theoretischen Aufriss der Stadterneuerungsgeschichte wurde der historisch zentrale Stellenwert von Ordnungs- und Sicherheitspolitik dargestellt. Die dabei unterscheidbaren ordnungspolitischen Motive in der Sanierungspolitik waren in den Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg nur rudimentär wiederzufinden. Direkte Intentionen und Effekte in diesem Bereich spielten bei der Zielformulierung und Durchführung keine wesentliche Rolle.

Obwohl "Sicherheit" zu einem festen Narrativ der aktuellen stadtpolitischen Diskussion geworden ist, waren polizeitaktische Überlegungen bei der allgemeinen räumlichen Gestaltung der Viertel kein Thema. Lediglich bei einzelnen Projekten und für kleinere Sozialräume lassen sich Raumgestaltungen finden, bei denen die Stadterneuerung zum Instrument einer direkten Ordnungspolitik wird (Helmholtzplatz, Mauerpark).

Als ordnungspolitischer Nebeneffekt der Erneuerungsarbeiten lässt sich jedoch *eine physische Sicherheitsprävention feststellen*:

Eine wesentlicher Aspekt von Sicherheit ist immer auch der Ausschluss von Risiken und Unwegsamkeiten (Baumann 1998, 15). Ein Beispiel: Die Restitution und die damit verbundenen Verkäufe führten zu einer neuen Hofnutzung. Die bisher großen Flächen wurden entsprechend des neu entstandenen Eigentums parzelliert. Viele Höfe, die vorher gemeinsam von der Bewohnerschaft mehrerer Häuser genutzt wurden, haben nun Zäune und Mauern.

Die Erneuerung der Höfe ging häufig mit der Zerstörung jahrelang gewachsener Nutzungsstrukturen einher. Oft hatten die Nachbarschaften mit einfachen Mitteln, aber viel Einsatz dafür gearbeitet. So wurden in einem sehr großen Hof zwischen den Hinterhäusern einige Ziegen und Hühner gehalten, die nicht nur für die Kinder des Blocks eine beliebte Attraktion darstellten. Dieser kleine Streichelzoo musste mit dem Beginn der Baumaßnahmen an den Fassaden und der grundstücksgenaue Abgrenzung der Höfe verschwinden. In einem anderen Fall hatten sich die Mietparteien auf dem Hof aus Baumstämmen und großen Brettern eine rustikale und wetterbeständige Sitzecke geschaffen, die im Sommer teilweise als Grillplatz diente. Bei der Sanierung des Hauses wurden die mühevoll angefahrenen und gestalteten Holzbänke als Sperrmüll abtransportiert. Die jetzt auf dem sterilen Hof aufgestellte Bank bietet der überwiegend neuen Bewohnerschaft kaum Anreiz, sich dort in geselliger Runde aufzuhalten. Vor allem in den schluchtartigen Höfen, die zwischen den Hinterhäusern innerhalb eines Blocks liegen, verbesserten etliche Erdgeschossbewohner die Qualität ihrer zumeist dunklen Wohnungen mit selbst gebauten Terrassen. Auch diese meist von den Fenstern der Wohnung begehbaren Vorbauten verschwanden mit den Modernisierungsarbeiten. In einem Komplex von mehreren besetzten Häusern im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz gab es auf dem Hof sogar eine regelrechte Bühne (begehrbar vom 1. Obergeschoss und über eine außen liegende Treppe) aus Holz, auf der Rock- und Punkkonzerte stattfanden. Andere Höfe wurden Anfang der 1990er Jahre mit einfachen Gartenmöbeln ausgestattet; in Kellerräumen eröffneten illegale Kneipen und Clubs. Dass auch diese nach der Klärung

der Eigentumsverhältnisse und mit den beginnenden Sanierungsarbeiten verschwanden, versteht sich von selbst.

Die Beispiele zeigen, wie sich mit der Erneuerung der Bausubstanz und der damit einhergehenden Parzellierung und Gestaltung der Höfe der Spielraum für unerlaubte Aneignungsweisen einschränkt. Gerade in den dicht bebauten Sanierungsgebieten war die Nutzung der Höfe nahezu unkontrollierbar, wenn der Konsens der direkten Nachbarschaft nicht verletzt wurde. Mit der Aufteilung und Erneuerung der Häuser und Höfe verschwinden diese eigentumsähnlichen Nutzungsformen der Bewohnerschaft, die sich trotz ihrer verallgemeinerten Normalität oft an der Grenze des Erlaubten bewegten. Neben der fehlenden Gelegenheit (z.B. durch die kleinteilige Abtrennung der Höfe) spielt auch eine Art Respekt gegenüber der neu geschaffenen oder modernisierten Substanz eine Rolle, die eigenmächtige bauliche Veränderungen hemmt².

In Kombination mit den fast flächendeckend eingebauten Tür- und Schließanlagen macht die Grenzziehung zwischen den Höfen eine Durchquerung der Blöcke fast völlig unmöglich. Anfang der 1990er Jahre waren fast alle Häuser offen und durch eine einfache Klinke zugänglich. Nur wenige (meist kleinere) Hausgemeinschaften setzten mit Aufforderungsschildern ein Abschließen in den Abendstunden durch. Im Zuge von umfassenden Modernisierungsarbeiten oder auch als Bagatellmodernisierung durchgeführt, erhielten inzwischen fast alle Wohnhäuser eine Schließ- und Gegensprechanlage³. Das unkontrollierte und unerkannte Bewegen im Blockinnenbereich ist damit ebenso ausgeschlossen wie das unerwartete Auftauchen. Zumindest aus polizeilicher Perspektive ermöglicht dieser eine bessere Kontrolle und Übersicht des auf die Straße beschränkten Bewegungsraumes⁴.

Ein weiterer Effekt der Sanierungsarbeiten in den Altbauquartieren sind verschlossene Dachböden und ausgebaute Dachgeschosse, die den vormals freien Zugang zu vielen Dächern im Gebiet versperren. Noch bis Mitte der 1990er Jahre waren die flachen Dächer der Gründerzeithäuser beliebte Treffpunkte für viele, die den Blick über weite Teile der Stadt genießen wollten oder einfach nur jenseits von Straßenlärm und Häuserschatten etwas Ruhe suchten. Durch die weitgehend geschlossenen Blockstrukturen in den Gebieten waren zum Teil sogar ausgedehnte Wanderungen über die Dächer möglich. Im Zuge der Sanierung wurden jedoch die Zugänge zu den Dächern in der Regel verschlossen. Die neu entstandenen Dachgeschosswohnungen schränkten die vorher möglichen Wege auf den Dachflächen deutlich ein und wurden in Einzelfällen sogar mit regelrechten Zaunanlagen gesichert⁵.

² Weniger auf die Nutzung der Höfe bezogen haben etliche MieterInnen von frisch sanierten Häusern berichtet, welche Schwierigkeiten sie empfinden, in die frisch verputzte und tapezierte Wand, Dübel und Schrauben zu verankern. Insbesondere BewohnerInnen, die zuvor jahrelang ihr Wohnen mit einem hohen Selbstbauaufwand in Substandardwohnungen gestalteten, fühlten sich von der Qualität der neu bezogenen Wohnungen regelrecht eingeschüchtert.

³ Ich führe seit Jahren in unregelmäßigen Abständen Stadtführungen durch die Sanierungsgebiete von Prenzlauer Berg durch und weiß, wie schwierig es geworden ist, die Struktur der Hinterhäuser und Höfe an einem konkreten Beispiel zu demonstrieren. Zumindest aus der Sicht des stadtinteressierten Flaneurs und Streichers hat Prenzlauer Berg in den letzten zehn Jahren viel von seinem offenen Charakter eingebüßt.

⁴ Mitte der 1990er Jahre verteilte die Polizei vor den befürchteten Krawallen zum 1. Mai Aushänge in den Häusern, die zum Zuschließen der Türen aufforderten, um eventuellen Randalierern keine Rückzugsräume vor den polizeilichen Maßnahmen zu geben.

⁵ An einigen Stellen in den Gebieten sind diese meist zwei Meter hohen und zum Teil mit Stacheldraht versehenen Zäune zu erkennen. In der Regel sind die Anlagen so angebracht, dass große Teile der Dachfläche nicht mehr von außen betreten werden können. An einer sehr prominenten und gut sichtbaren Stelle wurden (ob aus Jux oder Protesthaltung heraus) Kleidungsstücke in den Zaun gehängt, so dass die Sicherheitsanlage auf dem Dach weithin sichtbar an eine menschenverachtende Grenzanlage erinnerte.

Insgesamt ist die Sicherheitsarchitektur in Prenzlauer Berg weitgehend diskret und unscheinbar, jedoch wirkungsvoll. Die von den BewohnerInnen selbstverständlich genutzten und gestalteten Flächen beschränken sich zunehmend auf die eigenen Wohnungen. Die meist steril gestalteten Höfe und die zunehmend kommerzialisierten Nutzungen der Straßen lassen wenig Raum für spontane und selbstorganisierte Strategien der Raumeignung, die noch vor wenigen Jahren die Lebensqualität der Altbaugebiete prägten.

2.3. Disziplinierung durch Verfahren, der Geheime Lehrplan der Sanierung

Direkte sicherheitspolitische Formen und Motive von Erneuerungsmaßnahmen lassen sich in der Ostberliner Stadterneuerung höchstens als Subkontext der Sanierung ausmachen. Eine andere Dimension von Ordnungspolitik lässt sich jedoch bei den indirekten Auswirkungen der Stadterneuerung feststellen. So tragen alle Erneuerungsmaßnahmen auf Grund ihres unmittelbaren Eingriffs in die Lebensgestaltung der Bewohnerschaft den Charakter gesellschaftlicher Lernprozesse und wirken als *"modernisierte, verfeinerte und ergänzte (...) administrative Techniken der Sozialintervention"* (Homuth 1984a, 20). Insbesondere die Art und Weise der Durchführung der Stadterneuerung vermittelt die Wichtigkeit bestimmter Akteure, konditioniert spezifische Wertvorstellungen und setzt die Akzeptanz gegenüber bestimmten Verfahren durch.

Ein wesentlicher Lerneffekt der Stadterneuerung in Ostberlin ist die *Entkollektivierung der Interessenvertretung*. Die Aushandlungsverfahren bei Wohnungsmodernisierungen lassen der Mieterschaft kaum Spielraum für die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen - für jede Wohnung werden die Konditionen einzeln verhandelt.

Die (para)staatlichen Akteure beschränken sich bei diesem Prozess weitgehend auf Beratung und Moderation. Damit verschwinden der Staat und seine administrativen Gliederungen als handelnde Instanzen aus dem Blickwinkel der Betroffenen. Staatliches Handeln im Sanierungsgebiet wird weitgehend auf die Sanierungsbeauftragten und Mieterberatungen übertragen und von der Bewohnerschaft zunehmend als Servicefunktion zur Beratung und zum Problemclearing wahrgenommen. Damit verschwinden die administrativen Institutionen als verantwortliche Subjekte aus der Wahrnehmung und entziehen sich damit einem politischen Protest.

Zugleich findet eine Delegitimierung der kollektiven Interessenverbände statt, denn die formelle Stellung der Betroffenenvertretungen änderte sich. Diese büßten im Vergleich zum Modell der Behutsamen Stadterneuerung in Kreuzberg an Einfluss und Mitsprache ein. Im institutionellen Gefüge des Sanierungsregimes kommt ihnen keine mitbestimmende Rolle mehr zu. Durch die weitgehende Reduktion der Stadterneuerung auf die Wohnungsmodernisierungen entzieht sich schließlich das zentrale Feld der Sanierungspolitik einer allgemeinen und politischen Diskussion in der Nachbarschaft.

In den 1990er Jahren wird über die Sanierungspraxis die Wertvorstellung einer Behutsamkeit transportiert, die sich nicht nur auf die physischen Veränderungen, sondern vor allem auf die Verfahren der Stadterneuerung beziehen. So folgt die Stadterneuerung in Ostberlin diesem Schlagwort nicht nur als Leitbild, sondern auch als Politikmodell (Bernt 2003). Neben den offiziellen Zielstellungen einer dreifachen Behutsamkeit gegenüber der Bausubstanz, der bestehenden Sozialstruktur und in den Beteiligungsverfahren hat sich zudem eine *behutsame Vorgehensweise* als generelle Handlungsorientierung durchgesetzt. Das lässt sich vor allem an drei Momenten festmachen: Erstens eine pragmatische Konsensorientierung der beteiligten Akteure, die trotz gegensätzlicher Interessenslagen eine gemeinsame Handlungsfähigkeit gewährleisten soll. Zweitens eine Strategie der Einbindung möglichst vieler Akteure in den Entscheidungsprozess strittiger Fragen, um

eventuelle Konflikte zu internalisieren und unter Kontrolle zu halten. Drittens eine Orientierung der Arbeit auf lösbare Einzelfälle, die Erfolge unterhalb einer programmatischen Gesamtperspektive ermöglichen.

Dieser Handlungsperspektive der Behutsamkeit entspricht auch die Organisation der Stadterneuerung als *individualisiertes Aushandlungsverfahren*. Durch die Orientierung auf kleinteilige Prozesse in einzelnen Häusern und Wohnungen werden grundsätzliche wohnungspolitische Fragestellungen im Prinzip ausgeblendet. Die Verfahren der Stadterneuerung in Ostberlin sind somit durch eine weitgehende Entpolitisierung gekennzeichnet. Politische Interventionen werden innerhalb der spezifischen Netzwerkstruktur in den Sanierungsgebieten oftmals als private Konflikte ausgetragen. Zum einen lässt der enge und dauerhafte Kontakt der beteiligten Akteure mitunter die institutionellen Gebundenheiten und Hierarchien verschwimmen, zum anderen sind die Verfahrensabläufe in vielen Teilen so personalisiert, dass eine allgemeine Kritik schnell als persönlicher Angriff auf die eigene Tätigkeit wahrgenommen wird. Entsprechend werden Konflikte eher durch persönliche Versöhnungen als über politische Lösungen beigelegt.

Die Vermittlung der Akteure, Wertvorstellungen und Verfahren basieren fast alle auf der weitgehenden Individualisierung der Stadterneuerung. Diese Vereinzelung wirkt sich nicht nur auf die genannten Bereiche aus, sondern hat auch für sich genommen einen gesellschaftlichen Lerneffekt. So geht die Individualisierung der Stadterneuerung in den Verhandlungssystemen mit einer paradoxen Gleichzeitigkeit von Verrechtlichung und Informalisierung einher: Erst der massive Einsatz von rechtlichen Instrumenten in den Genehmigungsverfahren macht die Verhandlungen zwischen MieterInnen und EigentümerInnen möglich. Gleichzeitig eröffnet diese Entwicklung die Spielräume für informelle Absprachen bei den Verhandlungen und entzieht damit der Stadterneuerung zum Teil einem öffentlichen Zugriff. Die generell egalitären Effekte rechtlicher Instrumente werden in der Ostberliner Stadterneuerung einer selektiven Mobilisierung personengebundener Ressourcen unterworfen. Insbesondere Mietparteien mit ausgeprägten sozialen und kulturellen Fähigkeiten können ihre Interessen innerhalb der Stadterneuerung erfolgreicher durchsetzen.

Den allgegenwärtigen Beteiligungsverfahren können sich auch renitente BewohnerInnen oder unangepasste Haushalte kaum entziehen - es sei denn, sie ziehen aus ihren Wohnungen aus. Diese starke Einbindung lässt zwar Raum zur Verwirklichung eigener Wünsche, verhindert jedoch grundsätzliche Kritik und kategorisches Widersetzen. Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich das Modell "Prenzlauer Berg" als Prävention durch Integration und Beteiligung bezeichnen. Im Rahmen der vom Sanierungsregime gesetzten Ziele ist - lediglich eingeschränkt durch die jeweiligen Ressourcen - ein weiterer Spielraum für Mitgestaltung. Partizipationstheoretisch bewegt sich die Stadterneuerung dennoch auf einem geringen Niveau, da es auf der Ebene der politischen und programmatischen Gestaltung keine formalisierten oder faktischen Vetopositionen und Mitbestimmungsrechte für die Bewohnerschaft gibt (Selle 1996).

Mehr noch: Die Individualisierung der Verfahren bringt es mit sich, dass die klassischen Träger von sozialen Protesten in den Aushandlungsverfahren mit Erfolg "belohnt" werden, denn sie sind oft in lokale Netzwerke eingebunden und verfügen über rhetorische und analytische Fähigkeiten und können so die laufenden Prozesse antizipieren. Das heißt, ausgerechnet die lokalen Potentiale eines nachbarschaftlichen Engagements sind persönlich in geringerem Maße als andere von den negativen Auswirkungen der Stadterneuerung betroffen. Aus dieser Perspektive stellt sich die Stadterneuerung in Ostberlin mit ihrer Orientierung auf Eigenverantwortlichkeit als effektive Konstellation einer weitgehend störungsfreien Restrukturierung ganzer Viertel dar.

3. Zusammenfassung

Ausgangspunkt dieses Aufsatzes war die Frage, ob sich auch in der Ostberliner Stadterneuerung der 1990er Jahre Spuren von Macht- und Ordnungspolitik finden lassen. In den Bereichen Sozialstrukturveränderung, Sicherheitsarchitektur und verfahrensvermittelter Disziplinierungen wurden offene und verdeckte Spuren einer Ordnungspolitik aufgespürt. In allen drei Bereichen konnten Effekte der Modernisierung bzw. Anpassung an den gesellschaftlichen Durchschnitt festgestellt werden. Bezogen auf die individualisierten Verfahren der Stadterneuerung kommt der Stadterneuerung sogar eine Vorreiterrolle zu. Die sich im Stadterneuerungsprozess durchsetzenden Tendenzen einer Entkollektivierung der Interessenvertretung, einer Individualisierung verrechtlichter Verfahren und der Akzeptanz einer parastaatlichen Moderation weisen über die Stadterneuerung hinaus: Als Beteiligungsmuster unter den Bedingungen einer Ökonomisierung und gleichzeitiger Flexibilisierung staatlichen Handelns.

Anders als in früheren Phasen der Stadterneuerung waren die ordnungs- und sicherheitspolitischen Effekte jedoch nicht von einer ausdrücklichen Intention getragen. Es gibt in den 1990er Jahren auch keine selbstbewussten, mit legitimen Zielen ausgestatteten Auftraggeber der Umstrukturierung. Im Gegenteil: In Ostberlin verschwindet das Subjekt der Modernisierung ins Anonyme. "Berlin braucht", "es geschieht", "die Bedingungen zwingen uns" sind typische Formulierungen wenn es darum geht, die politischen Ziele der Sanierung zu benennen. Entsprechend ist die Stadterneuerung auch nicht mehr Instrument von weitergehenden politischen Zielsetzungen, sondern entzieht sich als Gegenstand einer politischen Debatte. Der politische Charakter der Stadterneuerung in Ostberlin besteht eher in einer diffusen Durchsetzung von Marktstrategien gegenüber der Bewohnerschaft und zielt weniger auf konkrete soziale Veränderungen.

Die sozialen Effekte der Stadterneuerung auf der Gebietsebene stehen in einem direkten Zusammenhang zur Aufwertungsökonomie und werden durch die flexible Verhandlungsorientierung in den Modernisierungsverfahren begünstigt. Insbesondere die gentrificationstypischen Aufwertungstendenzen der Sozialstruktur lassen sich auf die strukturellen und verfahrensbezogenen Aspekte der Stadterneuerung zurückführen. Während die Auszüge im Wesentlichen Folgen der im administrativen Verfahren vorgesehenen Modernisierungsverhandlungen sind, folgen die Neueinzüge in die modernisierten Wohnungen ökonomischen Kriterien. Der gesellschaftliche Charakter dieser Aufwertungen besteht letztlich in einer Angleichung der Einkommensverhältnisse an den städtischen Durchschnitt und der Etablierung eines innerstädtischen Wohnsegments für eine überwiegend jung und aufstrebende Elite und andere Angehörige der Dienstleistungsökonomie. Hohe Ausbildungsniveaus, flexible Lebensformen und kulturelles Distinktionsvermögen, wie sie für die neue Bewohnerschaft der Sanierungsgebiete typisch sind, entsprechen auch den Anforderungsprofilen der neuen Ökonomien.

4. Literatur

- Alisch, Monika 1993: Frauen und Gentrification. Der Einfluss der Frauen auf die Konkurrenz um den innerstädtischen Wohnraum. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- argus Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit und Stadtteilplanung 1997: Ermittlung gebietstypischer Mietobergrenzen in den Sanierungsgebieten Helmholtzplatz, Kollwitzplatz, Teutoburger Platz, Winsstraße, Bötzowstraße in Berlin-Prenzlauer Berg. Ergebnisbericht. Berlin.
- ASUM - Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Mieterberatung 2003: Sozialstudie zur Fortschreibung der Sozialen Sanierungsziele und der Mietobergrenzen. Berlin.
- Balg, Ilse 1958: Wohn- und Sozialstruktur in vordringlich sanierungsbedürftigen Wohnblöcken im alten Stadtkern des Bezirks Wedding. In: Soziale Arbeit, Jg. 7 (1958) Heft 10, 422-428.

- Baumann, Zygmunt 1998: Vom gesellschaftlichen Nutzen von Law and Order. In: Widersprüche, Zeitschrift sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Nr. 70 (4), 7-21.
- Bernt 2003: Rübergeklappt. Die "Behutsame Stadterneuerung" im Berlin der 90er Jahre. Berlin: Schelzky & Jeep.
- Bodenschatz, Harald 1988: Die Berliner 'Mietskaserne' in der wohnungspolitischen Diskussion seit 1918. In: Schildt, Axel; Sywottek, Arnold (Hg.): Massenwohnungen und Eigenheim: Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem 1. Weltkrieg. Frankfurt/Main, New York: Campus, 127-149.
- Bondi, Liz 1991: Gender divisions and gentrification: towards a framework for analysis Transactions of the Institute of British Geographers, 16, 190-198.
- Dahlhaus, Jürgen 1968: Programm und Plan aus der Sicht der Verwaltung. In: Stadtbauwelt, Heft 18, 1365-67.
- Frank, Hartmut; Schubert, Dirk (Hg.) 1983: Lesebuch zur Wohnungsfrage. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Geisel, Eike 1981: Im Scheunenviertel. Bilder Texte und Dokumente. Berlin: Severin und Siedler.
- Geist, Johann Friedrich; Küvers, Klaus 1984: Das Berliner Mietshaus 1862-1945, Prestel-Verlag, München.
- Häußermann, Hartmut; Holm, Andrej; Zunzer, Daniela 2002: Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg; aus der Reihe: Stadt, Raum und Gesellschaft, Bd. 16; Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut; Kapphann, Andreas 2000: Berlin: Vor der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut; Siebel Walter 1996: Soziologie des Wohnens. Weinheim: Juventa.
- Holm 2004: Restrukturierung des Raumes und Gesellschaftliche Macht im Sanierungsgebiet. Dissertation am Institut für Sozialwissenschaften der HUB, Berlin.
- Homuth, Karl 1984a: Statik potemkinscher Dörfer. "Behutsame Stadterneuerung" und gesellschaftliche Macht in Berlin-Kreuzberg. Berlin; Ökoptopia.
- Homuth, Karl 1984b: Modell einer schönen alten Stadt? In: extra sozialarbeit, Heft 8, 18-21.
- Lesemann, Klaus 1982: Sanieren und Herrschen. Zur Gewaltstruktur gebauter Räume. Gießen: Focus-Verlag.
- Marcuse, Peter 1986: Abandonment, gentrification and displacement: the linkages in New York City. In: Smith, Neil; Williams, Peter (eds.): Gentrification of the City. Boston: Allen & Unwin, 153-177.
- Mills, Caroline 1988: 'Life on the Upslope': The Postmodern Landscape of Gentrification. In: Society and Space 6, 169-189.
- Rose, Damaris 1989: A Feminist Perspective on Employment Restructuring and Gentrification: The Case of Montreal. In: Jennifer Wolch and Michael Dear (eds.): The Power of Geography. How Territory Shapes Social Life. Boston: Unwin Hyman, S. 118-138.
- Rose, Nikolas 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich u.a. (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/Main: suhrkamp taschenbuch, 72-109.
- Schubert, Dirk 1997a: Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung. Braunschweig: Vieweg.
- Schubert, Dirk 1997b: Stadtsanierung zwischen Modernisierung und Disziplinierung in Hamburg. In: 1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Heft 4/1997, 32-57.
- Selle, Klaus (Hg.) 1996: Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Wiesbaden: Bauverlag.
- Statistisches Landesamt Berlin: Mikrozensus 1991-2002.
- TOPOS Stadtforschung und Mieterberatung Prenzlauer Berg 1995: Privatmodernisierungen in Prenzlauer Berg. Studie im Auftrag der S.T.E.R.N. GmbH, Sanierungsbeauftragter in Prenzlauer Berg. Berlin.
- TOPOS Stadtforschung und Mieterberatung Prenzlauer Berg 1998: Privatmodernisierungen in Prenzlauer Berg. Studie im Auftrag der S.T.E.R.N. GmbH, Sanierungsbeauftragter in Prenzlauer Berg. Berlin.
- Vicente, Teresa Parreira 1996: Zusammenfassende Darstellung der Sozialstudien von sechs Untersuchungsgebieten im Stadtbezirk Prenzlauer Berg. Helmholtzplatz, Kollwitzplatz, Falkplatz, Teutoburger Platz, Winsstraße, Böttzowstraße. Berlin: Unveröffentlichtes Manuskript.
- Zapf, Katrin 1968: Die Wohnbevölkerung im Sanierungsgebiet. Demographische Strukturdaten, die Planer und Sozialpolitiker herausfordern. In: Stadtbauwelt, Heft 18, 1350-1352.
- Zapf, Katrin 1969: Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierung in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt.